

Berliner Tageblatt

Nr. 313 und Handels-Zeitung

Verlag: Rudolf Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Forderungen des Garantiefomitees angenommen.

Die Prüfung der deutschen Finanzen

von Erich Dombrowski.

Das Garantiefomitee, das in diesen Tagen Berlin verlassen hat, dürfte sich bereits mit der Reparationskommission in Paris im Benehmen gesetzt haben, um ihr endgültiges Bericht zu erstatten. Vier Wochen hat das Komitee dem Reichsfinanzministerium gearbeitet und sich immer wieder mit den Fragen der Finanzen auseinandergesetzt. Inzwischen sind die Arbeiten der Kommission in Paris abgelaufen und dort auch die Beschlüsse der Kommission, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit in das deutsche Reich übertragen, bekannt. Die deutsche Regierung hat es aber verstanden, das davon zu überzeugen, daß ein solches Verfahren die Situation unendlich komplizieren würde. Das haben die Delegierten der Alliierten ein und zwar in schließlicher Sitzung ihren Bericht. Das Reichsfinanzministerium war in der Tat in mehreren langwierigen Sitzungen sich damit kritisch auseinandergesetzt und in einzelnen Fällen, in denen die Ergebnisse, einige wesentliche Abänderungen durchzuführen, ist man zu einem Einvernehmen gekommen, und die Regierung hat sich bereit erklärt, die Forderungen über die Vorgehensweise, aber wie man den schriftlichen Entwurf des Komitees benutzen will, anzunehmen. Soweit der Gang der Einigung.

Das deutsche Volk wird durch diesen entgegenkommenden Schritt der Regierung auf ein in der Hinsicht die Befestigung der Finanzen gestellt. Wenn sie auf die Gefahr hin, sich damit unpopulär zu machen, die Kopfbedeckung des Volkes entlassen hat, so können dafür die großen außenpolitischen Gesichtspunkte, die über den Deutschland heute in einem Moment, da es unbedeutend das Memorandum und, in weiterer Folge, auf eine solche Angelegenheit ist, nicht das Datum der Welt auf sich eine Prüfung seiner Finanzen entgegen zu stellen. Das Garantiefomitee, das bereits im Jahre 1919 in Paris gegründet wurde, hat es die Angelegenheiten, die Vorläufe, die Forderungen des Garantiefomitees abgelehnt haben, so würde es vor den Augen der Welt, bei dem noch immer bestehenden Mangel an neuen Beweisen, demgegenüber diesen Willen gegeben. Das mußte vermeiden werden. Verhindert wurde auch werden, das uns über die Grenzen dessen hinaus, was heute auf freundschaftlichem Wege erreicht haben, zu gehen durch ein Urteil, durch ein Ultimatum gestellt. Wir können alle diese Erwägungen des Komitees gegen die Vereinbarungen mit dem Garantiefomitee nicht unterdrücken. Erträge, unteres Grad der Nachprüfungsbefugnis der Einrichtung der Parität, sondern in der Zeit des Memoratoriums beschärft. Wenn man uns einen Zahlungsaufschub einräumt, wenn man uns später, hoffentlich, eine internationalen Anleihe genehmigen will, so haben die Alliierten natürlich gewisse Ansprüche darauf, die sie uns Geld geben, unsere Finanzverhältnisse kennen zu lernen. Es ist im Interesse der Nation nicht anders als im Geschäftlichen. Der Staat sieht sich erst seinen Schulden, genau daraufhin eine materielle und seine geschäftliche Basis, wie die natürlichen Gegebenheiten sind, kurz: wie weit er wirtschaftlich ist. So auch hier. Geschäft ist Geschäft. Man darf am besten, das ganze Problem möglichst nüchtern und sachlich zu behandeln und über das heute im großen der Entwicklung morgen und übermorgen nicht aus dem Auge zu verlieren. Wir müssen endlich aus der Periode der unruhigen finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Grundlagen herauskommen und einem organischen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und damit des deutschen Staatswesens den Weg ebnen.

Die deutsche Regierung hat sich aber auch zu einem Entgegenkommen entschlossen. Jede Kapitalausfuhr soll eine Genehmigung unterliegen. Um jedoch den Exportverkehr nicht zu erschweren, soll eine generelle Genehmigung der Handelsreise von gewöhnlichen Verkehrsmitteln und der Reichsstraße werden genügt. Wenn es sich um Personalfreiheiten oder Firmenhandelsverkehr und berufsmäßig mit dem Auslandes Geschäfte machen. Eine Wiedereröffnung der Devisenkontrolle, wie sie früher bestanden hat, kommt nicht in Betracht. Heberfeldt man das Ganze, so wird hier den Alliierten ein Einverständnis in die Finanzen, aber kein Einverständnis in die Wirtschaft. Die deutsche Regierung muß, daß diese Grenze nicht im geringsten überschritten wird. So sehr wir im übrigen in diesem Prüfungsstadium eine schwere Last sehen, die dem deutschen Volk aufgebürdet wird, so ist es doch vielleicht geeignet, die schwüle Atmosphäre

Die amtliche deutsche Erklärung.

Am 17. Juli wird mitgeteilt: In Verfolg des Protokolls vom März April und Mai laufenden Jahres der Reparationskommission und der deutschen Regierung hat sich das Garantiefomitee am 20. Juni zu Beratungen mit der deutschen Regierung und zum Studium der Fragen, welche sich auf die Nachprüfung des Budgets (Einnahmen und Ausgaben), auf die Befestigung der Kapitalflucht und auf die Statistik beziehen, nach Berlin begeben. Für diese Beratungen wurden vier Unterabschnitte gebildet, und die Kapitalflucht und für die Statistik. Die Mitglieder des Garantiefomitees haben mit den deutschen Vertretern in zahlreichen Sitzungen verhandelt. In den Ausführenden in zahlreichen Sitzungen haben die deutschen Vertreter Zustimmung über das Verfahren bei der Einlegung und der Erprobung der verschiedenen Steuern, über die Aufstellung des Budgets, über die Berechnungswesen, sowie über die Maßnahmen der Regierung zur Befestigung der Arbeiten der Steuerverwaltung und zur Verhütung von Steuerverlustungen. Es haben hierbei auch die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben näher erläutert. Man hat sich demnach darüber verständigt, daß die Vertreter des Garantiefomitees künftig durch das Reichsfinanzministerium nach

geplant, um der deutschen Regierung höchst un bequem zu werden. Es werden von den Alliierten zwei Delegierte in Berlin eingeleitet, die einerseits die Einnahmen, einerseits die Ausgaben, sich handelt über die weitere finanzielle und steuerliche Entwicklung Deutschlands unterrichten werden. Natürlich werden diese beiden Herren nicht etwa im Reichsfinanzministerium sitzen, sondern sich nur von Fall zu Fall an die zuständigen Stellen wenden, um Auskunft einzuziehen. Welcher Art werden diese Auskünfte sein? Die Regierung ist verpflichtet, den Herren den Geld, die Kapitalflucht und die steuerliche Entwicklung Deutschlands unterrichten werden. Aber nicht etwa, bevor sie als Ministerialentscheidungen dem Kabinett zugehen, sondern erst nach den abschließenden Beratungen und Beschlüssen der Gesamtregierung, also wenn sie offiziell den zuständigen parlamentarischen Körperlichkeiten, dem Reichstag, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat unterbreitet werden. Des weiteren hat sich man sich verpflichtet, den statistischen Apparat, der heute bei der Heberfeldt der steuerlichen Organe etwas vernachlässigt ist, auszubauen und wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen. Auf einer laufenden Kontrolle der Finanzämter und der Landesfinanzämter im Reich hat das Garantiefomitee, entgegen seinen ursprünglichen Absichten, nicht bestanden. Es hätte die Gefahr bestanden, daß zahlreiche Vertreter der Alliierten nach allen möglichen Stellen gekommen wären und dem steuerlichen Verwaltungsorganismus in all seinen Feinheiten und feinsten Verzweigungen nachgehört hätte. In der Praxis ist die Regierung damit einverstanden erklärt, ihr bereits ein solches laufendes Kontrollsystem aufzubauen und wird den Alliierten anheimgeben, nach Zeit zu Zeit, an diesem oder jenem Ort einer solchen Prüfung beizuwohnen und Stichproben vorzunehmen. Aber auch dabei kann nur die Einwirkung der in zusammenfassenden Berechnungen in Frage kommen, während die Akten der einzelnen Behörden dem Auge der fremden Delegierten prinzipiell verschlossen bleiben sollen. Immerhin kann diese indirekte lokale Kontrolle zu unangenehmen Konsequenzen führen, wenn in einem Uebereifer die natürlichen Schranken des Zastes überschritten werden. Endlich sollen die Delegierten noch über die Maßnahmen des Garantiefomitees zum Abbau der allgem. Reichsverwaltung und über den jeweiligen Stand der schwebenden Schuld unterrichtet werden.

Soweit die eigentliche Nachprüfung der deutschen Finanzen. Es bleibt nur noch ein Wort über die Frage der Kapitalflucht zu sagen übrig. Dieser Gegenstand hat das Garantiefomitee besonders lebhaft beschäftigt. Die Franzosen wissen heute von neuem daran hin, daß Frankreich auf diesem Gebiet bereits heute weit mehr getan hat als Deutschland. Das ist richtig. Das liegt aber nicht an der strenger Zentralisation des französischen Behördenapparates begründet. Die deutsche Regierung hat sich aber auch zu einem Entgegenkommen entschlossen. Jede Kapitalausfuhr soll eine Genehmigung unterliegen. Um jedoch den Exportverkehr nicht zu erschweren, soll eine generelle Genehmigung der Handelsreise von gewöhnlichen Verkehrsmitteln und der Reichsstraße werden genügt. Wenn es sich um Personalfreiheiten oder Firmenhandelsverkehr und berufsmäßig mit dem Auslandes Geschäfte machen. Eine Wiedereröffnung der Devisenkontrolle, wie sie früher bestanden hat, kommt nicht in Betracht.

Heberfeldt man das Ganze, so wird hier den Alliierten ein Einverständnis in die Finanzen, aber kein Einverständnis in die Wirtschaft. Die deutsche Regierung muß, daß diese Grenze nicht im geringsten überschritten wird. So sehr wir im übrigen in diesem Prüfungsstadium eine schwere Last sehen, die dem deutschen Volk aufgebürdet wird, so ist es doch vielleicht geeignet, die schwüle Atmosphäre

naherer Vereinbarung regelmäßige Informationen über die Einnahmen und Ausgaben erhalten und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendungen fortlaufend zu unterrichten. Das Reichsfinanzministerium wird einen zentralen beweglichen Kontrollapparat einrichten und dem Garantiefomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit dieses deutschen Kontrollapparates zu überzeugen. In dem Unterabschnitt für die Kapitalfluchtbestimmung wurden zunächst die bestehenden Bestimmungen dargestellt. Im Verlauf der Beratungen wurden die Grundzüge für weitere Maßnahmen zur Befestigung, gebracht, um die Kapitalflucht in den verschiedenen Formen, welche sie annehmen kann, zu treffen. Das Garantiefomitee hat die Ergebnisse dieser Arbeiten in einem Memorandum zusammengefaßt, welches in einer Schlußfassung am 18. Juli der deutschen Regierung übermittelte wurde. Da Uebereinstimmung darüber festgestellt war, daß keine der in dem Memorandum vorgesehenen Maßnahmen die Souveränität des Deutschen Reichs antastet, den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stören oder das Gelingen der deutschen Steuerpflichtigen verletzen dürfe, hat die deutsche Regierung, vorbehaltlich einer schriftlichen Verantwortung, mitteilen lassen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandums beitrifft.

des Mißtrauens gegen uns endlich aufzuheben. Die Alliierten werden sich davon überzeugen können, daß es bei uns mit rechten Dingen zugeht, daß wir keine Veranlassung haben, eine finanzielle Verschleierungspolitik zu treiben und daß wir noch weniger Grund haben, wie uns namentlich in der französischen Presse vorgeworfen wird, mit Absicht den Kurs der Mark immer weiter nach unten zu heben. Welcher verantwortliche Politiker sollte an einer katastrophalen Verschlechterung der Mark auch ein Interesse haben? Die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die sich naturgemäß daraus ergeben, sind für das Schicksal der deutschen Nation im letzten Endes auf das Schwereste gefährlich, wenn nicht in Frage stellen. Deutschland hat zu ersten Zeiten durchgemacht, als daß es ein solches Experiment wagen könnte, das einem jammervollen Völkern am Vorgeht gleich, bloß Einbruch auf das Ausland machen soll. Wenn die Alliierten unsere Finanzen tagtäglich unter die Lupe nehmen, werden sehr bald die Tatsachen immer deutlicher für uns sprechen. Es wird sich eine ähnliche Situation wie bei der Erfüllungspolitik ergeben.

Stimmen der Pariser Presse.

„Vollste Kontrolle über das deutsche Budget, Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.“
Poincaré Memorandum über die deutsche Finanzlage.
(Telegramm unseres Korrespondenten).

Paris, 20. Juli. Das Garantiefomitee ist in der Nacht in Paris eingetroffen. Am Zuge befanden sich der Vorsitzende, der englische Vertreter und der italienische Vertreter. Der belgische Delegierte Benelmans hat sich nach Brüssel begeben, um seiner Regierung Bericht zu erstatten. Trotz der vorgelagerten Stunde hatten sich auf dem Bahnhof eine Anzahl Journalisten eingefunden, um die Mitglieder des Komitees über ihre Einreise zu befragen. Der Vorsitzende des Garantiefomitees lehnte jedoch seinen Bericht ab, bevor er der Reparationskommission seinen Bericht übergeben hat, was heute geschah. Er gab nur zu erkennen, daß nach seiner Meinung eine erste Kontrolle notwendig sei. Einer der Mitarbeiter hat einem Redakteur des „Excelsior“ gesagt, daß die Abreise aus Berlin auf Wunsch des Kanzlers Wirth einige Tage aufgeschoben werden dürfe, da er mit dem Vorsitzenden noch einige wichtige Fragen zu besprechen wünsche. Der schriftliche Bericht über die Geschäftstätigkeit des Komitees soll bereits vor der Ankunft der Delegierten in Paris eingetroffen sein. In der Reparationskommission über die Einzelheiten bereits unterrichtet ist. Nach dem Willen der „Excelsior“ veröffentlicht, ist das Komitee zu folgenden Beschlüssen gekommen: 1. Das Budget des Reiches muß der vollen Kontrolle des Komitees unterworfen sein, Einnahmen und Ausgaben werden dem Komitee geprüft, es muß die Vorschläge der Regierung dem Reichstag unterbreitet werden. 2. Ein- und Ausfuhr werden gleichfalls überwacht. 3. Zur Verhütung der Kapitalflucht werden besondere Maßnahmen getroffen. 4. Die Statistik wird so angeordnet, daß keine Tabelle dem Komitee unbekannt bleiben kann. Der Vorsitzende des „Excelsior“ hat hinzugefügt, daß die Mittelungen einer französischen Zeitung, das Komitee, unwahrhaftig sei. Die Zeitung behauptet, daß die verlangte strenge Kontrolle, welche die nach verschiedenen Berichten der englische Delegierte der Reparationskommission Bradbury sich entschieden ausgesprochen habe, keineswegs mit einer Behandlung Deutschlands zu vergleichen sei, wie sie früher für die Türkei notwendig war. Diese Kontrolle werde sogar von dem Kanzler Wirth gewünscht.

Bayerische Demokraten und Schulgesetz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 20. Juli.
Die bisherigen Beschlüsse über insbesondere der getriggert haben infolge einer Änderung der Lage...
...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...

...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...
...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...

...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...
...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...

...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...
...über ihren Standpunkt hat die Deutsche demokratische Partei in Bayern vorbereden keinen Zweifel gelassen...

um Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

München, 20. Juli.
Der bayerische Ministerpräsident hat am 19. d. M. eine Verfügung erlassen, durch welche die Sozialrevolutionäre...
...der bayerische Ministerpräsident hat am 19. d. M. eine Verfügung erlassen, durch welche die Sozialrevolutionäre...

Wegen verabschiedeter Verträge für Berlin und Umgebung.

München, 20. Juli.
Wegen verabschiedeter Verträge für Berlin und Umgebung...
...Wegen verabschiedeter Verträge für Berlin und Umgebung...

...Wegen verabschiedeter Verträge für Berlin und Umgebung...
...Wegen verabschiedeter Verträge für Berlin und Umgebung...

Die neue Steinbruchstraße in München.

München, 20. Juli.
Die neue Steinbruchstraße in München...
...Die neue Steinbruchstraße in München...

Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter.

München, 20. Juli.
Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter...
...Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter...

Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter.

München, 20. Juli.
Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter...
...Die Sanitätsstellenansuchen der Berliner Gesundheitsämter...

Der Sturz des Kabinetts Facta.

Mit 288 gegen 103 Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 20. Juli.
Nach Schluß der Kammerdebatten nach dem Haus mit 288 gegen 103 Stimmen ein Ministerevangelium gegen die Regierung an. Facta überreichte sofort dem König die Demission des Gesamtkabinetts.

Die Debatte eröffnete, wie schon gemeldet, der Faschistenführer Mussolini. Er verportete die sozialistische Partei, die sich immer wieder von neuen (polke und seine ernste Gefahr für den Staat mehr habe. Daß die Popolari mit den Sozialisten in ein gemeinsames Ministerium eintreten, sei unbedenklich, denn die italienischen Katholiken würden den Anstoß an eine antifaunistische und antirepublikanische Partei nicht geben. Mussolini schloß: Der Faschismus wird binnen kurzem zwischen der gesetzlich und der revolutionären Form wählen müssen. Im letzteren Falle braucht der Faschismus keine Deputierten mehr im Parlament. Keine Regierung ist in Italien möglich, welche die Maßnahmen gegen den Faschismus aufheben läßt. Arbeit wohl, das wir über sehr zahlreiche, wohlüberlegte und organisierte Streitkräfte verfügen. Wir werden jedem Unterdrückungsversuch und höchster Energie und Pflichterfüllung entgegenzutreten. Auf solche Einwirkung antworten wir mit Muth und Muthwillen. Jede Wunde durch Carochi, den Vertreter der Rechten, unterliegt. Er sagte, der Faschismus habe Italien von Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit zu berauben. Er schloß, daß die Sozialisten, der keine Revolution machen könne, verlangen nur, daß die neue Regierung Italien weitestens nicht in die Vorhänge des Mittelalters zurückzuführen. Mussolini schloß Facta erwiderte mit einer Rede, die wenig Eindruck machte. Er kündigte die Fortführung der auf gerichtliche im Inneren Friedens gerichteten Politik an und ver sprach gleichzeitig energiegeladene Durchführung der Gesetzgebung.

Bei der Abstimmung herrschte in der Kammer ein wahres Chaos. Alle Parteien spalteten sich. Von der Rechten stammte die Faschistenpartei gegen das Kabinett, während die Nationalisten, die Agrarier und die Rechtsliberalen alle Faschisten hießen. Faschisten schloß die Faschistenpartei und ein Teil der Demokraten zu Faschisten, während die übrigen demokratischen Gruppen gegen die Regierung stimmten. Auch bei der Popolari bestand Uneinigkeit. Die Lage ist, wie der „Korriere“ sagt, völlig dunkel, zumal es sich nicht allein um eine Krise der Regierung handelt, sondern der gesamten Staatslebens handelt. Während die von den Faschisten angeführten sozialistischen Arbeitssammler in Klammern stehen und der Faschismus allenfalls Zerror ausüben, treffe der Gewerkschaftsbund gefährliche Abwehrmaßnahmen und proklamieren die Generalstreik in den Marken, in Rom und in anderen Provinzen. Gleichzeitig male der Faschistenminister die Gefahr des Sturzes an die Wand. Es geht unter Aufhebung aller Kräfte, den Staat zu retten. Das „Stornale

Die Rußlandhilfe des deutschen Roten Kreuzes.

Die Verteilung der Lebensmittel. — Die drohende neue Hungersnot. — Die deutschen Kolonisten. Der Vertrag mit den ukrainischen Sowjets. — Die Reichsversammlung „Brüder in Not“.

Eine Unterredung.

Das Interesse, das der Hilfe für die hungernden Rußland- und Sowjetrussen entgegengebracht wird, veranlaßt unser Mitarbeiter, den Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes, Herrn Landesdirektor v. Winterfeldt, zu bitten, unseren Lesern einiges über Art, Zweck und Erfolg der deutschen Rußlandhilfe mitzuteilen. Herr v. Winterfeldt antwortet:

„Das deutsche Rote Kreuz konnte sich den Hilferufen der hungernden Rußland- und Sowjetrussen nicht erwehren. Es muß daran erinnert werden, daß seitlich des Krieges der deutsche Bundes in dem die Aufgabe entgegenüber, die Hilfe der Welt für den Rußland der Hungernden der Millionen und Abermillionen in Rußland. Wir fragten uns selbstverständlich, ob wir angeht die Not im eigenen Lande berechtigt sein, den Hungernden in Rußland Hilfe zu leisten, unter denen sich Millionen deutscher Kolonisten befinden, die von einem russischen Vorkriegsstand betroffen waren. Diese Frage mußten wir bejahen.“

„Im September 1921 lief der Dampfer „Erlow“ nach Petersburg aus. Er führte kleine Menge mit, ein voll ausgestattetes Laboratorium und eine Ladung Medikamente. In Petersburg angekommen, wurde ein aus 24 Russen bestehender Sanitätszug gebildet, der zur Aufnahme der Schwandepandemie in die nördliche Zone des Hungers und Seuchengefährs, nach Rasan, geschickt wurde. In Moskau war vorher ein Zentrallaboratorium eingerichtet worden, das noch heute die Zentrale für die deutsche Sanitätshilfe bildet. Unsere ärztliche Hilfe ist in Rußland und in den nördlichen deutschen gleichsam angekommen.“

„Zunehmend kamen aus den Hungergebieten und vor allem von der Expeditionsstelle die Rufe, daß die einzige wahre Hilfe Lebensmittellieferung sei, und daß eine ärztliche Hilfe ohne ausreichende Versorgung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wir hatten die Freude, nunmehr durch die Opferwilligkeit der deutschen Kolonisten in Nord- und Südamerika zu einer wirkungsvollen Hungerhilfe einwandgesetzt zu werden.“

„Wie wird die Hilfe im einzelnen durchgeführt?“ fragte unser Mitarbeiter den Herrn Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes.

„Wir suchen in den deutschen Reichsteilen, meist Hamburg und Berlin, Lebensmittel, Mehl und Korn an und befördern den Transport, der außerdem Kleidung und Medikamente enthält, auf deutschen Frachtschiffen nach Petersburg. Unter Aufsicht eines Mitgliedes der Expedition findet dann die Verteilung in die Hungerzonen statt. Die Verteilungsbüro der Kolonisten kommen uns, sobald sie die Ankunft unserer Hilfstransporte erfahren haben, auf weiten Wege entgegen und helfen bereitwillig an der Verteilung mit. In den Orten bestehen Verteilungsausschüsse, die in musterhafter Ordnung und Korrektheit die Lebensmittel an die Hungernden bringen. Wir hoffen somit die Hilfeleistung unserer Hilfslieferer von Rußland her bis in den Mund der Hungernden kontrollieren.“

„Italia“ schreibt, die Lage sei heute dunkler als je. Aus der Kammerdebatte sei eine neue Tatsache hervorgegangen, nämlich die Erklärung Mussolinis, daß bei möglichem Beginn einer Revolutionspolitik gegen den Faschismus dieser das Gebiet der Gefährlichkeit verlassen und sich auf das Gebiet des Aufstiehs begeben werde. Die neue Regierung möge sich also hüten, die Debatte der Sozialisten gegen den Faschismus anzuführen, was angesichts der impotenten Macht des Faschismus sehr gefährlich erben könnte.

Als erster Kandidat auf Factas Nachfolge wird vorläufig der frühere Premier Orlando genannt, der bei den Popolari und den linkspartheiigen viel Ansehen genießt und auch von den Sozialisten nicht befehdet wird.

Der Verlauf der Kammerdebatte und der Abstimmung, die am Sturz des Kabinetts führten, zeigt die vollkommene Desorientierung, in welche die innerpolitische Lage des Landes durch das Ueberhandnehmen der faschistischen Gefährlichkeiten geraten ist. Aber die Tatsache, daß das Parlament fast mit Dreiviertelmehrheit dem Kabinett sein Mißtrauen ausgesprochen hat, macht klar, daß nach dem allgemeinen Urteil die Politik der Regierung an sich umso mehr verurteilt ist, als der ungünstige Stand der Finanzen, über den erst in den letzten Tagen der Schatzminister Penco zur unangenehmen Liberalisierung der gesamten öffentlichen Beschaffung erlassen mußte, und die Entlassungen, die Italien unter der Herrschaft der Regierung an dem Gebiete der auswärtigen Politik erleben mußte, haben wesentlich zu der Mißstimmung innerhalb und außerhalb des Parlamentes beigetragen. Das hat sich deutlich auch bei den Ruffen Schanzers von seiner Reise nach Paris und London gezeigt. Der Mann, mit dem das Kabinett in den Tagen der Genue-Konferenz nach Italien kam, hat sich dem Kabinett an dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht verlor. Die Hoffnungen auf England, die Schamer Politik ihre Richtung geben, sind durch ein ganz unverständliches Verhalten des englischen Auswärtigen Amtes verletzt worden, und neue Unklarheiten, neues Hin- und Hergehen sind nun die Signatur auch der auswärtigen Politik Italiens. Das eigentlich Entschlossene, das dem Kabinett den Hals gebrochen hat, ist aber doch die gefährliche Entwicklung der Faschistenkrise. Die letzten Gewalttaten der Faschisten in Cremona, bei denen die Kammerpräsidenten Mussolini und Garibaldi die Verdrängenden gemessen haben, haben schon zu Schellen geführt, bei denen bekannt war, daß niemand die Regierung für lästig hielt, die Gefahr des Bürgerkrieges von dem Lande abzuwenden. Diese Stimmung ist durch den Eindruck der getragenen Rede Mussolinis, der der Staatsmacht bei entschlossener Anwendung der Gewalt nur dem eigenen Vorfuß die Drohung noch verläßt worden. Die Regierung unter der es soweit kommen konnte, wurde weggelassen. Es aber die unter sich außerordentlich gepaltene Kammer die Kraft aufbringen wird, einer Regierung zum Leben zu verhelfen, die sich für eine einheitliche und entschlossene Politik auf eine feste Wehrhaft besinnen kann, das ist augenblicklich mehr als fraglich. Es steht auch an der für die Aufgabe geeigneten Persönlichkeit. Mussolini hat sich für jetzt unmöglich gemacht, und die Stunde Mussini scheint noch nicht gekommen. Möglich, daß ein Kabinett Orlando als der geeignete Ausweg erscheint.

„Hat dem.“ so fragte unser Mitarbeiter, „die Hilfe bei dem grauenvollen Hungerelend und den zahllosen Seuchen und Todesopfern Ihnen Zweck erreicht?“ Präsident v. Winterfeldt antwortet:

„Ganz bestimmt. Soweit das durch das Zusammenwirken der internationalen Aktionen möglich war. Die Toten können wir natürlich nicht wieder lebendig machen, aber Hunderttausende von Lebenden, die sonst dem Hungertode verfallen wären, sind gerettet und für den Wiederaufbau ihrer Kolonien erhalten. Es ist erreicht, daß die Kolonisten den allergrößten Teil des ihnen zur Verfügung gestellten Saatgutes erhalten konnten. Die Arbeit, welche erfolgt durch das Bestehen von Zugvieh und daher langsam und schwer mit den Händen verrichtet, hat jetzt Aussicht auf Segen. Im Wolgagebiet verpricht die Ernte reichlich zu werden. Unter dieser Hoffnung und unter unserer fortwährenden Hilfe — wir haben auch die uns zur Verfügung gestellten Hilfsmittel für die Seuchenbekämpfung abgeben können — beginnen die deutschen Wolgagebauer wieder aufleben. In ihren letzten Briefen kommt das aus Rußland, und es ist rührend zu sehen, wie sie gerade für die Hilfe des deutschen Mutterlandes dankbar sind und wie viele ihre Kräfte zum Aufbau gefordert hat.“

„Dann dürfte die deutsche Rußlandhilfe wohl ihr Ende erreicht haben?“ fragte unser Mitarbeiter. Herr v. Winterfeldt erwidert:

„Keineswegs. Wir dürfen gerade jetzt auf keinen Fall mit der Hilfe aussetzen. Die Leute brauchen Vieh und Getreide. Und noch eins, was uns neue schwere Pflichten aufbürdet: an der Wolga geht es wiederher, aber im Schwarzmeergebiet droht jetzt der Hunger von neuem, und zwar nicht minder fürchterlicher Gemalt. Das droht von einer geographischen Seuchengefahr. Die Cholera, sonst eine Sommerkrankheit, ist in der Ukraine sogar während des ganzen Winters erbenförmlich geblieben. Während an der Wolga die Ernte günstig ausfallen scheint, haben die deutschen Kolonistengebiete in der Ukraine vor einer schweren Misere zu fürchten. Eine das Schwarzmeere natürlich im Stich zu lassen, haben wir nun auch Transports nach dem Schwarzmeergebiet aufgenommen. Wir haben einen Vertrag mit der ukrainischen Sowjetregierung abgeschlossen und von Warschau ein Schiff mit Lebensmitteln entsandt, die nördlich Ostsee an die deutschen Kolonisten in Kaukasus, Donau und auf der Rinde verteilt werden sollen. Auf dem Schwarzmeere befinden sich ein russischer Transport mit Medikamenten, der zur Kühlung der fieberkranken deutschen Krankenheiler bestimmt ist. In der Ukraine wohnen zwei Millionen Deutsche. Wir hoffen, ihnen zusammen mit den ausländischen Hilfswerken rechtzeitig helfen zu können. Auch die Hilfe wird reichliche Lebensmittel notwendig machen. Das deutsche Rote Kreuz wird sich mit aller Energie und mit allen Kräften seiner Organisation weiterhin in den Dienst des deutschen Hilfswertes stellen, und die Reichsversammlung „Brüder in Not“ wird, wenn sie sich gewiß, auch weiterhin die Geldquellen zu öffnen verhelfen, die zur Rettung der Rußlanddeutschen erforderlich sind.“ (Die Reichsversammlung „Brüder in Not“ nimmt Spenden an. Die Reichsversammlung „Brüder in Not“ nimmt Spenden an. Die Reichsversammlung „Brüder in Not“ nimmt Spenden an.)

